

Ivo Georgiev

Die Linke in der Ukraine

Das Interview mit Ivo Georgiev, Leiter des Länderbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kiew, führte Regula Flury.

Regula Flury: Ivo Georgiev, was kannst du uns über die Linken in der Ukraine vor dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 sagen? Wer sind sie?

Ich kenne mich primär in der ausserparlamentarischen Linken in der Ukraine aus. Meine erste Begegnung mit Vertreter:innen dieser Linken war 2010, mit Mitgliedern der Studentengewerkschaft Prjama Dija (Direkte Aktion). Diese Gruppe hatte in Kiew einen sehr wirkungsvollen Strassenprotest gegen die Kommerzialisierung des Hochschulsystems initiiert, mit einigen Teilerfolgen. Zu diesem Zeitpunkt war die Studentengewerkschaft sehr populär und in der Lage, Hunderte von Menschen zu mobilisieren.

Es gab auch immer Linke, die den Klassenkonflikt in der ukrainischen Gesellschaft aufzeigten und die soziale Frage stellten. Sie haben die Klassiker gelesen, Marx, Engels, auch Lenin und Trotzki. Es gab welche, die sich als marxistische Linke verstanden haben. Es gab aber auch Gruppen, die sich unkritisch gegenüber dem Stalinismus verhalten haben und sich zum Teil positiv auf die sowjetische Vergangenheit bezogen, wie die Gruppe Borotba oder die Kommunistische Partei der Ukraine. Andere Gruppen, wie die Linke Opposition, später die Organisation Sotsialnyi Rukh (SR, Soziale Bewegung)¹, verstanden sich als demokratische Sozialist:innen, und haben nicht nur die marxistischen Klassiker gelesen, sondern zudem etliche der

heute im Westen bekannten Theoretiker:innen und Politiker:innen, zum Beispiel David Harvey, Naomi Klein, Judith Butler. Sie interessieren sich ebenso für die progressive Linke in den USA oder für Jeremy Corbyn in Großbritannien und beziehen sich auch positiv auf die westeuropäische Linke. Diese Bewegungen haben im Unterschied zu den erstgenannten einen inklusiveren Fokus. Darunter finden sich feministische, anarchistische und queere Aktivist:innen. Es gab in der Ukraine konstante Debatten über die richtige Ausrichtung einer linken Kraft: Die einen betonten den Klassencharakter und den Klassenkonflikt, die anderen verstanden ausserdem queere, feministische und Anliegen der LGBT-Community als Teil einer linken Politik. Die Linke in der Ukraine war also seit jeher sehr vielfältig.

Die Gemeinsamkeit all dieser Gruppen ist, dass sie sich in den etablierten Parteien nicht repräsentiert fanden. Sie kritisierten die kommunistische Partei in der Ukraine. Diese war eine Zeitlang sehr einflussreich und hatte den Anspruch, linke Forderungen zu artikulieren, verlor aber lange vor dem Maidan-Aufstand 2014 in der ausserparlamentarischen Linken an Glaubwürdigkeit. Dasselbe gilt auch für andere Parteien, die sich zeitweise in der Ukraine etablieren konnten, wie die Sozialistische Partei der Ukraine, die mit dem Oligarchensystem paktierte. Nach dem Maidan-Aufstand wurde die Kommunistische Partei verboten. Teile der marxistischen Linken haben sich den von Russland unterstützten Separatistenbewegungen im Donbass angeschlossen oder sind auf die Krim oder ins Ausland gegangen. Seither hat es erfolglose Versuche gegeben, eine moderne linke Partei in der Ukraine zu gründen. Dies scheiterte an den hohen administrativen Hürden. Durch den ausgeprägten antikommunistischen Mainstream und die öffentliche Stigmatisierung der Linken als russlandfreundlich hatten sie grosse Schwierigkeiten, die für die Registrierung benötigten Unterstützungsunterschriften zu sammeln und für linke Alternativen zu werben.

Was war die Situation der Linken in der ukrainischen Gesellschaft vor dem Krieg? Gab es Repression?

Die oben genannten linken Gruppen waren bereits vor der russischen Invasion 2022 dafür bekannt, dass sie sich den rechtspopulistischen, neoliberalen und wertkonservativen Tendenzen widersetzen und auch Kontakte mit russischen oppositionellen Linken unterhielten. Sie waren nicht Teil der Mainstream-Kampagne, mit der die ukrainische Regierung Russland schon vor dem Überfall im Februar 2022 als Aggressor-Staat bezeichnet hatte. Sie kritisierten selbstverständlich die mit russischer militärischer Unter-

stützung erfolgte Gründung der separatistischen Republiken im Donbass und die Annexion der Krim, aber sie profilierten sich nicht als Antirusslandkraft.

Selbst Gruppen, die sich neutral zu Russland verhielten, wurden aufgrund des sehr verbreiteten nationalpatriotischen Konsenses in der Ukraine als prorussisch gebrandmarkt. Linke Menschen in der Ukraine lebten seit der russischen Annexion der Krim 2014 gefährlich. Ihre öffentliche Tätigkeit wurde im besten Fall geduldet, im schlimmsten Fall verfolgt. Besonders in den Jahren 2015 bis 2017 waren sie Verfolgungen ausgesetzt, fanden ihre Namen und Adressen auf schwarzen Listen von ultrarechten Aktivist:innen im Internet und es gab Hetzkampagnen in sozialen Medien gegen Einzelne. Allein im Umfeld unserer Partnerorganisationen kenne ich zwei Menschen, die von rechten Gewalttätern aus Hass, aus einer ultranationalistischen Gesinnung, derart körperlich verletzt wurden, dass beide in Westeuropa als politische Flüchtlinge Asyl beantragten und es auch bekommen haben – das war zu jenem Zeitpunkt, 2016/17, eine grosse Ausnahme.

Ging diese Repression weniger vom Staat aus, sondern von diesen rechtsnationalen, rechtsextremistischen Gruppen?

Der Staat hat auf jeden Fall das Wirken dieser rechtsnationalen, ultrarechten Gruppen nicht eingeschränkt. Insbesondere in der Amtszeit des Präsidenten Poroschenko gab es einen Innenminister, von dem gesagt wurde, dass Abteilungen seines Ministeriums mit rechtsnationalen, paramilitärischen Gruppierungen zusammengearbeitet haben. Die ukrainischen Linken haben viel abbekommen an Hass, Beschimpfungen in sozialen Medien, Störungen von Veranstaltungen, Aufrufen zur Verfolgung bis hin zu körperlicher Gewalt.¹

Jemand hat die aktuelle Situation der Linken in der Ukraine als Kampf in zwei Richtungen beschrieben: Nach aussen, gegen die russische Aggression, und nach innen, gegen die Regierung und ihre Politik. Zum Kampf nach aussen: Wie verhalten sich die verschiedenen Gruppierungen gegenüber dem Krieg. Was ist ihre Haltung, was machen sie konkret?

Die ausserparlamentarischen Linken waren nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine geschockt – wie auch der Rest der Bevölkerung – und haben sich sofort gegen diesen Angriff positioniert. Sie haben ihre politische Arbeit in der Regel nicht aufgegeben, aber sie haben begriffen, dass dieser Krieg nicht nur die ukrainische Gesellschaft hart trifft, sondern

einen tiefen Einschnitt für linke Akteur:innen und ihre Arbeit bedeutet. Zum einen verschärfte sich das Denken in Freund-Feind-Kategorien und Linke wurden als potenziell prorussische Landesverräter:innen betrachtet. Andererseits haben viele beschlossen, die Selbstverteidigung der Ukraine gegen den russischen Einmarsch zu unterstützen. Darunter sind auch Menschen, die ich als Pazifist:innen kennengelernt habe, auch Anarchist:innen, Sozialist:innen, Feminist:innen – alle haben sich eindeutig gegen diese Invasion gestellt. Praktisch geschieht das auf unterschiedliche Weise. Insbesondere die jüngeren unter ihnen beteiligen sich an der Territorialverteidigung oder haben sich freiwillig zur Armee gemeldet und sind jetzt an der Front. Mittlerweile haben praktisch alle Kolleg:innen, die mir bekannt sind, in ihren Familien oder Freundeskreisen Menschen, die an der Front sind. Einige Gruppen haben sich neu aufgestellt, zum Beispiel die Gruppe Solidarity Collectives. Sie organisieren nun humanitäre Hilfe und beliefern die Menschen in den zerstörten Ortschaften mit lebensnotwendigen Apparaten, wie Elektrogeneratoren, Wasserfiltern und medizinischen Geräten. Sie unterstützen mit Fundraising-Aktionen auch den militärischen Kampf gegen die russische Invasion. Ich habe von Armeeeinheiten gehört, die aus linken Aktivist:innen bestehen. Sie verteidigen ihr Land an der Front. Diejenigen, die dies aus verschiedenen Gründen nicht können oder wollen, organisieren humanitäre Hilfsgüterlieferungen aus dem Ausland oder beteiligen sich an der Verteilung von Nahrungsmitteln an die betroffene Bevölkerung.

Gab und gibt es auch heute Kontakte mit russischen Oppositionellen?

Vor dem Krieg gab es vereinzelt Austausch zwischen ukrainischen Aktivist:innen und russischen Oppositionellen. Der Kontakt wurde trotz Krim-Annexion und Russifizierung der selbsternannten Separatistenrepubliken im Donbass nicht abgebrochen. Deswegen wurden die ukrainischen Akteur:innen vom ukrainischen Mainstream als prorussisch stigmatisiert.

Es gibt auch jetzt Kontakte, insbesondere mit russischen linken Bewegungen, die sich klar als Antikriegsbewegungen positioniert haben. Es gab bereits im Frühjahr 2022 eine gemeinsame Verlautbarung der ukrainischen linken Organisation Sotsialnyi Rukh und der russischen Sozialistischen Bewegung (RSD) mit gemeinsamen Forderungen.² In diesem Dokument wird die militärische Niederlage Russlands als notwendige Voraussetzung für eine künftige Demokratisierung der globalen Weltordnung und zur Schaffung eines neuen, internationalen Sicherheitssystems gefordert. Mittlerweile gibt es auch weitere linke, feministische und marxistische Gruppen aus Russland, die die Hauptforderungen der ukrainischen Linken öffentlich

unterstützen.³ Viele dieser russischen Aktivist:innen haben Russland inzwischen verlassen und leben im Exil.

Du sagst, die ukrainische Linke müsse auch einen Kampf nach innen führen, gegen die Regierung und deren Politik. Kannst du das genauer ausführen?

Die ukrainischen linken Bewegungen haben sich immer als Opposition verstanden und haben an den verschiedenen Regierungen seit 2014 Kritik geübt. In erster Linie haben sie soziale Forderungen betont und dafür gesorgt, dass trotz den sehr ungünstigen Rahmenbedingungen eine linke Öffentlichkeit existierte. In publizistischen Auftritten, insbesondere auf der Internetplattform *Spilne* (commons.com.ua/en/), veröffentlichten sie regelmässig kritische Texte, die in den letzten Jahren ein breites Publikum erreichten. Ihre Kritik richtete sich gegen die offizielle Geschichtsschreibung, die mit dem 2015 erlassenen sogenannten Dekommunisierungsgesetz⁴ vorangetrieben wurde, aber auch gegen Nationalismus und Imperialismus sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten.

Sie übten zudem deutliche Kritik an den neoliberalen Wirtschaftsreformen. Praktische Schritte unternahmen sie dann in gemeinsamen Aktionen mit einigen Gewerkschaften. So hat die linke Gewerkschaft NPGU (Unabhängige Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiterinnen) in der Industrieregion Kryvyj Rih vor etwa vier Jahren eine Kampagne in einem Grossbetrieb gestartet. Sie forderte Gehaltserhöhungen und die Rücknahme der staatlichen Kürzung von sozialen Leistungen. Es entwickelte sich eine sehr wirkungsvolle Streikbewegung innerhalb dieses Grossbetriebes. Intellektuelle der Linken aus der Hauptstadt haben sich mit dieser Gewerkschaft zusammengesetzt und diese Streiks öffentlich unterstützt. Am Ende erreichten die Streikenden für die 24 000 Beschäftigten tatsächlich eine 33-prozentige Gehaltserhöhung und den Austausch des Managements. Diese Protestbewegung hatte eine Signalwirkung und bald folgten weitere Arbeitskämpfe in der gesamten Region. Das war ein klarer Beweis, dass die Linke selbst unter den genannten schwierigen Bedingungen in der Lage ist, konkrete Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Du erwähnst die neoliberale Politik der Regierung. Woran machst du diese fest?

Ein wichtiger Kristallisationspunkt war die Auseinandersetzung um ein neues Arbeitsgesetz. Bereits seit vielen Jahren gibt es eine Debatte über die Änderung des im Kern noch aus Sowjetzeiten stammenden Arbeitsrechts.

Alle ukrainischen Parlamente haben versucht, eine neue Arbeitsgesetzgebung durchzusetzen, die die Rechte von Arbeitnehmenden in vielerlei Hinsicht beschneidet. Es geht um den Kündigungsschutz und um die Abschaffung von wichtigen sozialen Zahlungen und Vergünstigungen für verschiedene Kategorien von Arbeitnehmenden. Es geht um Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Staat hat kontinuierlich versucht, die Wirtschaft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung umzugestalten, was teilweise auch gelungen ist. Die wachsende soziale Ungleichheit beförderte auch die politische Instabilität des Landes. Gegen diese Politik gab es einen spürbaren Widerstand innerhalb der Gewerkschaften und der linken Öffentlichkeit.

Benutzen die Regierung und das Parlament den Krieg auch, um diese Liberalisierungen gegen weniger Widerstand durchzuziehen?

In der Ukraine gilt jetzt offiziell Kriegsrecht, deswegen werden Einschränkungen der politischen Demokratie vorgenommen und viele Gesetze geändert. Aber trotzdem werden einige dieser Massnahmen heftig kritisiert, zum Beispiel das neue Mediengesetz, das als Instrument der Zensur bezeichnet wird, wie auch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Abschaffung des Kündigungsschutzes und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Der Kriegszustand und die desolante Lage des ukrainischen Staatshaushaltes setzen die gegenwärtigen Politiker:innen sehr unter Druck. Dennoch ist es eine gefährliche Tendenz, dass man das Sozialsystem weiter beschneidet und den Menschen so viel abverlangt, dass auch diejenigen, die Arbeit haben, in Armut leben müssen. Dagegen gibt es linken Widerstand.⁵ In ihren Stellungnahmen betonen die Aktivist:innen, dass für den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg eine gerechte Sozialpolitik mit Rücksicht auf die breite Bevölkerung unentbehrlich ist. Die seit längerer Zeit eingeschlagene und nun intensiviertere Stossrichtung einer Verschärfung der neoliberalen Marktwirtschaft, mit internationalen Investitionen, Privatisierungen, Reduzierung der Daseinsvorsorge, mit dem Abbau der Gesundheitsvorsorge und der Unterfinanzierung des Bildungssystems – das ist der falsche Weg. Ganz im Gegenteil müsste man in öffentliche Dienstleistungen investieren und alternative Wirtschaftspolitiken erarbeiten.⁶

Ein weiterer Kampf steht erst noch bevor: Die Ukraine wird als hochverschuldetes Land aus diesem Krieg hervorgehen. Gibt es dazu Überlegungen aus der Linken?

Die Vorstellung und Forderung der Linken ist, dass es eine internationale

Kampagne für einen Schuldenerlass geben soll. Einbezogen werden sollen die Kreditgeber des Landes, allen voran der Internationale Währungsfonds (IWF), die Europäische Kommission und die Weltbank. Auch die westeuropäische Öffentlichkeit soll diesbezüglich sensibilisiert werden. Die Forderungen beinhalten einen Schuldenerlass, so wie es in anderen Ländern auch möglich war, und die Zusage, dass keine Bedingungen, wie zum Beispiel Kürzungen der Sozialleistungen, daran geknüpft werden. Im Weiteren wird gefordert, dass die internationalen Organisationen die Unterstützung der Ukraine nicht mit neoliberalen Wirtschaftsmassnahmen verknüpfen – selbstverständlich soll weiterhin auf finanzpolitische Transparenz und die Bekämpfung der Korruption geachtet werden. Aber die Zivilbevölkerung soll ausdrücklich geschützt und ein Mindestmass an sozialer Sicherung garantiert und ausgebaut werden.

Ein interessanter Punkt ist, dass die Forderung nach einem Schuldenerlass in der Ukraine selbst nicht unbedingt willkommen ist. Es gab eine Publikation, in der genau diese Forderungen dargelegt wurden, und die erste Reaktion liberaler Medien war nicht gerade positiv. Sie bezeichneten es als einen verdeckten Verrat an den Interessen der Ukraine, weil dadurch möglicherweise Kreditgeber abgeschreckt würden. Dies hätte also Auswirkungen auf das Investitionsverhalten des Westens und die Ukraine bekäme am Ende dann weniger Unterstützung.

Zusammengefasst: Die Linke sorgt dafür, dass es in der Ukraine eine Auseinandersetzung über diese Themen gibt – ohne sie hätte es diese gar nicht gegeben.

Was meint die ukrainische Linke zum Unverständnis einer breiten Linken im Westen – und in anderen Regionen –, die aufs Schärfste verurteilt, dass man sich auf die Nato einlässt?

Die ukrainische Linke hat im Moment viel wichtigere Probleme zu lösen, als sich Gedanken über die Nato und über die Geopolitik zu machen. Die ukrainische Linke kämpft um ihr eigenes Überleben und deswegen werden diese Argumente linker Gruppen im westlichen Ausland mit Befremden und Unverständnis aufgenommen. Es ist nicht so, dass die ukrainische Linke jemals die Nato unterstützt hätte. Im Gegenteil war ihr Verhältnis zur Nato vor dem Angriff immer kritisch. Ihre aussenpolitische Ausrichtung war eher die einer neutralen Haltung. Aber sogar mit dieser Positionierung war die Linke eine Ausnahme in der ukrainischen Öffentlichkeit, sie hat dadurch viel Hass auf sich gezogen. Seit dem Überfall am 24. Februar 2022 steht die ukrainische Linke positiv zu Waffenlieferungen, insofern ist das Thema Nato vom Tisch.

Die Linke wird sich mit den geopolitischen Konsequenzen auseinandersetzen, wenn dieser Krieg, der Kampf ums Überleben, vorbei ist.

Es ist für die gesamte Öffentlichkeit des Landes ein sehr wunder Punkt, wenn Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, sich über die Betroffenen hinwegsetzen und an deren Stelle argumentieren, ob es für sie nicht besser wäre, die Waffen wegzulegen, sich zu ergeben. Es ist leider so, dass in vielen Aufrufen der Friedensbewegung und der westlichen Linken die ukrainische Bevölkerung kaum Beachtung findet und zur subjektlosen Verhandlungsmasse der geopolitischen Grossmächte degradiert wird.

Ein weiterer kritischer Punkt in diesem Zusammenhang ist das Argument, dass für die «unteren Klassen» nichts schlimmer sei als ein Krieg, sowohl bezüglich des physischen Überlebens als auch der ökonomischen Situation. Sie bezahlen den Hauptpreis.

Das stimmt. Es ist eine furchtbare Tragödie, gerade für die einfachen Menschen, nur nehmen sie diesen Preis in Kauf. Die Menschen, die ich kenne, sagen alle, es gibt etwas Schlimmeres als Krieg und das ist das Leben unter russischer Okkupation. In einem Gespräch mit einer Kollegin, die täglich mit ihrem Sohn telefoniert, der an der Front kämpft, fragte ich sie, ob es nicht besser wäre, wenn der Krieg beendet würde, selbst zu dem Preis, dass einige der besetzten Territorien abgegeben würden. Sie antwortete mir, dass sie natürlich wolle, dass der Krieg aufhört, aber nicht um den Preis, die anektierten Gebiete an Russland fallen zu lassen. Selbst ihr Sohn würde dies nicht wollen. Das ist eine Haltung, die eine Mehrheit der betroffenen Bevölkerung in der Ukraine vertritt.

Für die ukrainische Linke ist es sehr enttäuschend, dass sie nicht mehr Unterstützung aus der westlichen Linken erhält. Was wären ihre Forderungen an uns?

Die ukrainischen Linken der Organisation Sozialnyi Rukh haben im Herbst 2022 ein Positionspapier veröffentlicht, in dem sie ihre Forderungen dargelegt haben.⁷ Sie wünschen sich, dass Partnerorganisationen aus dem Westen ihnen zuhören. Sie wünschen sich, dass sie nicht bevormundet werden und ihr Widerstand gegen die Invasion als legitim anerkannt wird. Sie erwarten, dass man sie wahrnimmt, weil sie das Gefühl haben, übergangen zu werden, dies insbesondere mit Blick auf die vorher genannten Positionen der westlichen Linken und ihren geopolitischen Ansatz zur Problematik. Die ukrainischen Linken lehnen die Darstellung kategorisch ab, dass es sich bei diesem Krieg bloss um einen Stellvertreterkrieg der Grossmächte handelt, in

dem die Ukraine als Land und Gesellschaft auf den Spielball eines grossen, imperialistischen Akteurs reduziert wird. Diese Darstellung wird als zynisch und überheblich empfunden.

Viele ukrainische Linke haben ihre Wünsche an westliche Linke mittlerweile reduziert, sie hoffen nicht mehr auf ein breiteres Verständnis. Aber sie wünschen sich, dass sie und ihr Land diesen Albtraum überleben, sie wünschen sich ein Ende dieses Krieges, das es möglich macht, dass eine ukrainische Linke tatsächlich auch nach dem Krieg weiter existiert. Dafür brauchen sie die Unterstützung ihrer westlichen Kolleg:innen. Sie wünschen sich auch, dass man sie in linken Debatten darüber, wie denn eine andere Weltordnung aussehen könnte, und welches die Folgen dieses Krieges sein könnten, einbezieht. Sie wollen, dass der Eroberungskrieg Russlands gegen die Ukraine endet und ihr Land wiederaufgebaut wird, ohne weiterhin militärischer Gefahr durch Russland ausgesetzt zu sein. Die grosse Befürchtung, die ich in der ukrainischen Linken wahrgenommen habe, ist, dass dieser Krieg zu Bedingungen beendet wird, die eine weitere Zuspitzung des nationalpatriotischen Diskurses, des Ultranationalismus im Land vorantreiben. In einer derartigen Situation würde die ukrainische Linke untergehen. Sie hoffen auf einen Ausgang des Krieges zu Bedingungen, über die die ukrainische Gesellschaft selbst entscheidet.⁸

Wir haben immer von «der Linken» geredet. Wird das hier Gesagte auch von den feministischen, anarchistischen, queeren Gruppierungen geteilt?

Feministische Bewegungen sind ein Teil dieser Szene, zum Beispiel die Organisation INSHA aus Cherson, die sich vor dem Ausbruch des Krieges sehr erfolgreich für die Rechte queerer Menschen, LGBT-Personen, in der Region Cherson eingesetzt hat. INSHA-Aktivistinnen organisieren jährlich in Cherson eine öffentliche Grossveranstaltung, das Queer Forum, an dem auch viele Menschen aus anderen Regionen der Ukraine teilgenommen haben, um ein Zeichen gegen Homophobie und für Vielfalt zu setzen. Diese Organisation kann natürlich jetzt nicht normal weiterarbeiten. Einige Mitglieder sind in andere Teile des Landes oder nach Westeuropa geflüchtet und arbeiten von dort aus. Ihre Positionen, wie auch diejenigen anderer Vertreterinnen des linken Feminismus, sind im Rahmen dessen, was ich bereits geschildert habe. In einem Aufruf ukrainischer Feministinnen zum Krieg im Sommer 2022 haben sie ihre Meinung sehr pointiert und auch aus einer friedenspolitischen Perspektive deutlich gemacht.⁹

Anmerkungen

- 1 Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) kam als ausländische Organisation vor drei Jahren in den Fokus der Rechten. Nach einer Demonstration ukrainischer Linker vor drei Jahren in Kiew wurde die Tür des Büros von einer Gruppe gewaltbereiter Menschen mit ultrarechten Parolen verschmiert und die RLS im Internet als russische Agentin hetzerisch denunziert.
- 2 lefteast.org/against-russian-imperialism/?fbclid=IwAR248vBoyiGppheCU7ow-coRvDs5NejvDZnLnd9_iBHzOdbPd4S-SQJYQBo (Abfrage 7.2.2023)
- 3 z. B. socialist.news/russia/war/our-solidarity-is-with-ukrainian-people/?fbclid=IwAR3PXUoQThKczDoeX2HCGgGU22fUgfXRwNXNmQia6AD-LhwizoRovDy9ndCU (Abfrage 3.2.2023)
- 4 Die Dekommunisierungsgesetze, im Mai 2015 vom damaligen Präsidenten Poroschenko unterzeichnet, dienten einerseits dazu, sowjetische Symbolik aus dem öffentlichen Raum zu verbannen, und andererseits, Anhänger der Organisation der ukrainischen Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandarmee zu Nationalhelden zu erklären. Sie legitimierten offiziell ultranationalistische und rechtsradikale Tendenzen. Die Vorgaben des Instituts für Nationales Gedenken, Namen von international bekannten Vertreter:innen der kommunistischen Bewegung, wie die Gründer:innen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aus dem öffentlichen Raum zu entfernen und zu stigmatisieren, gelten auch heute und dienen als Rechtfertigung für Angriffe gegen linke Organisationen und Aktivist:innen.
- 5 www.rosalux.de/en/news/id/46779/ukraines-recovery-must-benefit-ukrainians (Abfrage 3.2.2023)
- 6 www.rosalux.de/en/news/id/49760/to-rebuild-ukraine-needs-just-social-policy (Abfrage 3.2.2023)
- 7 rev.org.ua/resolution-the-war-and-the-future-of-ukraine-and-the-left-movement/ (Abfrage 3.2.2023)
- 8 rev.org.ua/the-left-view-on-the-prospects-of-peace-negotiations/?fbclid=IwAR-3ryW13xFTYAWgQuAzu6QhR1Lb-DDL.MxMeh-6K7NJEqRakuEoP-haa4IhE (Abfrage 3.2.2023)
- 9 Das Recht auf Widerstand. Ein feministisches Manifest (commons.com.ua/en/right-resist-feminist-manifesto/, Abfrage 3.2.2023)

